



Hessischer  
Landkreistag

## Presseinformation

---

Frankfurter Str. 2  
65189 Wiesbaden

Telefon (0611) 17 06 - 0  
Telefax (0611) 17 06- 27  
PC-Fax (0611) 900 297-70

E-mail-Zentrale: [info@hlt.de](mailto:info@hlt.de)  
[www.HessischerLandkreistag.de/presse/](http://www.HessischerLandkreistag.de/presse/)

### **Hessischer Landkreistag stellt parteiübergreifend getragenes Strategiepapier zur Fortentwicklung des Schulwesens in Hessen im Bereich berufliche Bildung / lebensbegleitendes Lernen vor**

„Gerade in Sachen Schule müssen wir uns im Interesse aller auf das Wesentliche konzentrieren: auf die Bildung und ihre Vermittlung. Denn Bildungschancen sind Lebenschancen!“ Mit diesen Worten stellten heute in Wiesbaden der Präsident des Hessischen Landkreistages (HLT), Landrat Alfred Jakoubek (SPD), der Vorsitzende des Schul- und Kulturausschusses des HLT, Landrat Peter Walter (CDU), der Erste Kreisbeigeordnete des Kreises Groß Gerau, Thomas Will (SPD), der Erste Kreisbeigeordnete des Kreises Marburg-Biedenkopf, Karsten McGovern (Bündnis 90/Grüne) sowie der Erste Kreisbeigeordnete des Hochtaunuskreises, Wolfgang Müsse (F.D.P.) ein weiteres im Verband parteiübergreifend getragenes und einstimmig verabschiedetes Strategiepapier zur nachhaltigen Verbesserung und Anpassung der Beruflichen Bildung und des Lebensbegleitenden Lernens an die aktuellen und künftigen Erfordernisse vor.

„Eine der Stärken unseres Papiers ist, dass die Positionen im Vorfeld mit einer Vielzahl von Institutionen und Organisationen in Hessen abgestimmt wurden. Dazu gehören nicht nur die hessischen IHK's, die AG der hessischen Handwerkskammern, die Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände (VhU), Hessenmetall, das DGB-Bildungswerk und die Landesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft Hessen, sondern insbesondere auch der Hessische Volkshochschulverband und die Arbeitsgemeinschaft der Rektoren der hessischen Berufsschulen. Wir haben zu einem breiten grundsätzlichen Konsens, der Meinungsunterschiede in Detailfragen unberührt lässt, gefunden erklärte Jakoubek“

„In dem Papier benennen wir die Punkte, die im Bereich der Beruflichen Bildung und des Lebensbegleitenden Lernens dringend geändert werden müssen. Ziel ist die fachliche Diskussion“, so die vier Politiker übereinstimmend. Nicht beabsichtigt sei eine Auseinandersetzung mit dem langjährig geführten, lähmenden Richtungsstreit um schulpolitische Grundpositionen. Auch die Kultushoheit des Landes werde nicht infrage gestellt. Angestrebt werde vielmehr ein über alle parteipolitischen Lager hinweg gemeinsam –auch von Landtag und Landesregierung– getragener, ideologiefreier Konsens zur nachhaltigen Verbesserung des Bildungssystems in Hessen. Die Landkreise seien dabei die einzige Instanz, die mit hinreichender Verankerung vor Ort in der Lage ist, in den kommenden Jahren die aus der demographischen Entwicklung resultierenden infrastrukturellen Probleme im ländlichen Raum zu bewältigen betonte der HLT-Präsident Jakoubek, der mit den 21 hessischen Landkreisen den größten Schul- und Berufsschulträger Hessens vertritt.

Der Vorsitzende des HLT-Schul- und Kulturausschusses, Landrat Walter ergänzte, das Papier beschreibe im Detail Ziele, die im Bereich der Beruflichen Bildung und des lebenslangen Lernens im Rahmen der neuen Legislaturperiode des Landtages angegangen werden müssen. „Wir machen deutlich, dass die beruflichen Schulen innerhalb des Schulwesens eine herausragende Stellung einnehmen und das nicht nur weil sie der investitionsintensivste Bereich für die Schulträger sind. Sie stellen vielmehr das Bindeglied zwischen Schule, Hochschule (Fachabitur/ Abitur) und Erwerbsleben, zwischen Allgemeinbildung und Aus-, Fort- und Weiterbildung dar. In dieser Rolle gewährleisten die beruflichen Schulen die Durchlässigkeit und die Anschlussfähigkeit im Bildungssystem“. Das System der dualen Berufsausbildung solle deshalb in keiner Weise infrage gestellt werden. Der strukturelle Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft, die demografische Entwicklung und die immer engeren internationalen Verflechtungen machten es jedoch erforderlich, die Berufsausbildung diesen Herausforderungen anzupassen, d.h., nicht nur die bestehenden Strukturen zu optimieren, sondern zugleich auch die Möglichkeit, neue Strukturen entsprechend den erforderlichen Bedarfen und der Entwicklung maßgeblich zu gestalten. In dieser Hinsicht werden Perspektiven aufgezeigt.

Parallel zur klassischen beruflichen Erstausbildung ergebe sich daneben ein dringender Bedarf, das einmal erworbene Wissen zu ergänzen und zu vertiefen, bzw. Zusatzqualifikationen neu zu erwerben. Das Stichwort laute „Lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen“. Hintergrund sei, dass durch den schnellen technologischen Wandel die sog. „Halbwertszeit“ von Wissen und Können immer geringer wird. Zugleich werden die Arbeitnehmer länger im aktiven Erwerbsleben bleiben. Die solide berufliche Ausbildung müsse weiterhin das breite Fundament bilden, um neben der Beschäftigungsfähigkeit auch die Fähigkeit zur permanenten Weiterbildung des Einzelnen zu vermitteln. Die Bedeutung von Aus- und Weiterbildung nehme damit zu. Notwendig sei es, diese Bereiche enger miteinander zu verzahnen, um Lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen zu fördern. Sein Kreis habe mit dem Haus des Lebenslangen Lernens in Dreieck ein Beispiel dafür gegeben, wie eine solche Zusammenarbeit der Bereiche aussehen kann.

Lebenslanges / Lebensbegleitendes Lernen heiße aber auch, eine Durchlässigkeit zwischen den Teilbereichen Schule, beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie Hochschule zu verwirklichen. Dies sei nicht nur eine Frage der Chancengleichheit, sondern auch der Deckung des wachsenden Bedarfs an Hochschulabsolventen. Hierzu seien Verbesserungen, besonders an den Schnittstellen, im Sinne der Schaffung funktionsfähiger Übergänge und der Anerkennung von Vorqualifikationen erforderlich, so Walter abschließend.

Im Einzelnen werden 12 Faktoren als Grundvoraussetzung für eine positive Fortentwicklung der beruflichen Bildung und des Lebensbegleitenden Lernens in Hessen namhaft gemacht:

### 1. Anzahl der Schulabschlüsse erhöhen – Ausbildungsreife verbessern

Derzeit sind noch erhebliche Defizite in der „Qualität“ der Schulabgänger feststellbar. Die Bildungssysteme müssen deshalb mit den Anforderungen der Arbeitswelt Schritt halten. Es ist erforderlich, noch stärker präventiv in Bildung zu investieren statt schlechte Qualifikationen und mangelnde soziale Kompetenz nach dem Schulabschluss aufzubessern und nachträglich teure Reparaturmaßnahmen zu finanzieren. Daraus ergibt sich ein deutlichen Vernetzungsbedarf der Bildungsstränge. Dies umfasst nicht nur ein verbessertes Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildung, sondern eine vorgeschaltete, intensivere Phase der Berufsorientierung. Diese muss bereits in den allgemeinbildenden Schulen erfolgen und bedeutet im Ergebnis das Erfordernis einer engen Zusammenarbeit der beruflichen Schulen mit Schulen der Sekundarstufe I. Die einzelnen Übergänge von einer Schulstufe in die nächste müssen besser koordiniert werden. Dazu müssen die Rahmenbedingungen für Bildung und die Zusammenarbeit aller Akteure vor Ort weiter verbessert werden.

### 2. Förderung des Lebenslangen / lebensbegleitenden Lernens – Vernetzung beruflicher Schulen mit regionalen Einrichtungen der Weiterbildung ( z.B. Volkshochschulen)

Lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen ist eine entscheidende Antwort auf den tief greifenden technologischen, sozialen, wirtschaftlichen und demographischen Wandel und die Herausforderungen der Globalisierung und Modernisierung. Lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen kann einen wichtigen Beitrag leisten, individuelle Kompetenzen in einem umfassenden Sinne zu entfalten und dadurch auch die Teilhabe an Arbeitswelt und Gesellschaft zu fördern, Benachteiligung abzubauen und die Demokratie zu festigen. Mit anderen Worten: Die Menschen können durch Lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen gestärkt werden und sich selbst stärken.

Das Hessische Weiterbildungsgesetz bietet hierzu bereits eine gute Grundlage. Bei den Bildungsangeboten arbeiten die Einrichtungen der Weiterbildung mit den Schulen, insbesondere den beruflichen Schulen und den Schulen für Erwachsene, den Hochschulen, den Agenturen für Arbeit, den örtlichen Trägern der Sozial- und Jugendhilfe und den zuständigen Stellen in der Berufsbildung sowie den privaten und gewerblichen Anbietern von Weiterbildung zusammen. Die Wirksamkeit Angebote muss jedoch durch verstärkte Kooperationen – auch mit privaten Bildungsanbietern – und eine durchgehende Orientierung auf die Lernbedürfnisse und Lernvoraussetzungen von Erwachsenen in verschiedenen Lebensphasen und Lebenssituationen erhöht werden. Sinnvoll ist es, bei der praktischen Ausgestaltung bisher stark segmentierte und separierte Bereiche wie Vorschulbildung, schulische Bildung, berufliche Bildung, Hochschulbildung sowie allgemeine und berufliche Fort- und Weiterbildung verzahnt und zu einem kohärenten, das heißt aufeinander aufbauenden und durchlässigen Gesamtsystem ausgestaltet werden. Lernangebote müssen inhaltlich, zeitlich und räumlich derart miteinander verkoppelt sein, dass Lerner für sich systematische, durchlässige und zertifizierbare Lernprozesse gestalten und verantworten können. Das Konzept des lebenslangen / lebensbegleitenden Lernens durchbricht die herkömmlichen Bildungsstrukturen und die Einteilung in strikt aufeinander folgende Abschnitte eines bisher traditionell geprägten Bildungswegs.

Wichtige inhaltliche Faktoren sind das selbstorganisierte Lernen und eine systematische Bildungsberatung, einhergehend mit neuen Methoden und Medien in Unterricht und Lehre. Eine wesentliche Unterstützung können dabei virtuelle Lehr- und Lernformen leisten. Entscheidende Stichworte hierzu sind z.B. e-Learning und blended-learning.

### 3. „Neue zusätzliche Chancen“ für Qualifizierung – Nachqualifizierung junger Erwachsener vorantreiben

Berufswahl und Übergang von der Schule in den Beruf haben in den vergangenen Jahren einen deutlichen Wandel erfahren. Viele junge Menschen haben beim Übergang von der Schule in den Beruf mit erheblichen Problemen zu kämpfen, bei deren Bewältigung sie auf Unterstützung angewiesen sind. An- und ungelernten jungen Erwachsenen (darunter zu einem hohen Teil solche mit Migrationshintergrund) ist die Chance einer Nachqualifizierung, das heißt zum nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses einzuräumen. Notwendig ist dazu die Einrichtung und Pflege regionaler Netzwerke, die Aufgaben im Bereich der Prävention, Förderung, Begleitung der Übergänge übernehmen. Sinnvoll sind begleitete Übergänge von der Schule in die berufliche Schule, zwischen verschiedenen Schulformen bzw. in berufsvorbereitende Maßnahmen, in Ausbildung und Beruf. Zugleich wird damit die Basis für ein lebenslanges / lebensbegleitendes Lernen gelegt, die Schullaufbahn von Jugendlichen positiv beeinflusst und Fehlentwicklungen im Lerngeschehen und in der sozialen Entwicklung verhindert.

### 4. Qualität der Ausbildung sichern

Die Qualität des Unterrichts hat höchste Priorität. Die Berufsschulen müssen hierfür auch künftig regional eng mit den Ausbildungsbetrieben und zuständigen Stellen kooperieren und ihre Lerninhalte abstimmen. Um erfolgreich zu sein, benötigen die Schulen Freiräume in der Gestaltung des Unterrichts. Deshalb müssen die Schulen in eine möglichst weitgehende Eigenverantwortung entlassen, ihre Arbeit aber zugleich an Output-Kriterien wie Fachkenntnis, Kompetenzbeschreibungen, Schulreife standards, Vergleichstests und Abgängerumfragen und Übergangsquoten gemessen werden. Dies erfordert ein Qualitätssicherungssystem, das gewährleistet, dass im Rahmen intelligenter Zusammenarbeit mit Externen Dritten die Ausstattung der öffentlichen beruflichen Bildungseinrichtungen in personeller und sachlicher Qualität sicher gestellt wird.

Zudem sind Schulleitungsstrukturen anzupassen. Die Verlagerung von Steuerungs- und Entscheidungskompetenz an die Schulen muss mit dem Aufbau von adäquaten Schulleitungsstrukturen einhergehen. Schulleitungsteams müssen systematisch für diese Aufgaben qualifiziert werden. Gleichzeitig sind ein effizientes Bildungscontrolling und effektive, schlanke Unterstützungssysteme zu formen. Dafür müssen wie bereits mit dem HLT-Strategiepapier Teil I dargelegt, tradierte Strukturen und Prozesse überdacht werden.

Für eigenverantwortliche Schulen sind Förderbudgets zu schaffen, die mit konkreten Zielvereinbarungen u.a. zum Übergang Schule-Beruf verbunden sind. Diese Förderbudgets sollten am Schulerfolg und den qualitativen Abschlüssen aller Schüler einer Schule bemessen werden. Gestützt auf Lernstandserhebungen, fundierte diagnostische Beurteilungen und individuelle Lernpläne könnten sog. „Risikoschüler“ damit frühzeitiger als bisher gefördert werden. Für die Ergebnisse verantwortliche Lehrkräfte müssen den Beratungs- und Förderprozess koordinieren, die Lernfortschritte überprüfen und dokumentieren.

### 5. Grundlagen für zukunftsorientierte Berufsbildungspolitik schaffen – Kooperation von Berufsschulträgern, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik stärken

Einer der maßgeblichen Ansätze und gleichsam Schlüssel für eine zukunftsorientierte Gestaltung der beruflichen Bildung ist ein Dialog und eine verstärkte Kooperation der beteiligten Entscheider und Institutionen. Wichtige Synergieeffekte können erreicht werden, indem vorhandene Förderprojekte stärker als bisher aufeinander abgestimmt werden.

Eine existentielle Frage für die Zukunft der beruflichen Schulen ist die Ausstattung mit genügend qualifizierten Lehrern. Aufgrund des hohen Durchschnittsalters von Berufsschullehrern benötigt das Land im nächsten Jahrzehnt überdurchschnittlich viele Lehrer. Besonders groß ist der Bedarf im Bereich der Metall-, Elektro- und IT-Berufe. Die Lehrerausbildung für Berufsschulen findet an hessischen Hochschulen noch zu wenig Beachtung. Deswegen ist zu überlegen, ob der Mangel an Berufsschullehrern mit einer

Öffnung des Referendariats beseitigt werden könnte: Neben dem Master of Education könnten sich auch weitere Master bewerben. Des Weiteren hätten auch Absolventen mit ausländischem Studienabschluss größere Chancen. Aufstiegsmöglichkeiten für Fachlehrer sind zu berücksichtigen.

## **6. Übergänge optimieren – Wege in betriebliche Ausbildung sichern**

In den vergangenen Jahren haben viele Jugendliche, sog. Altbewerber, mangels eigener Qualifikation oder mangels ausreichender Zahl von Ausbildungsstellen keinen Weg in die berufliche Ausbildung gefunden. Die Zahl der Altbewerber, die zwischenzeitlich mehr als 50% der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Bewerber stellen, ist deutlich zu reduzieren. Hierzu sind Einstiegsqualifizierungsmaßnahmen zu nutzen und neue Formen von anschlussfähigen und anrechenbaren Qualifizierungsmaßnahmen zu entwickeln.

Der Hessische Landkreistag sieht in Ausbildungsbausteinen einen möglichen Weg, für Bewerber eine Brücke in die Ausbildung zu schaffen. Denkbar ist, über eine teilweise zeitliche Anrechnung bereits erworbener Qualifikationen, bzw. auch über eine Zulassung zur Externenprüfung vor den Kammern einen Übergang in eine reguläre duale Ausbildung zu schaffen. Ob dies geeignete Maßnahmen sind, um im Interesse der Jugendlichen eine tragfähige Brücke in Ausbildung und Beruf zu schaffen, soll mit den Kammern der Wirtschaft intensiv diskutiert werden.

## **7. Berufsprinzip stärken – Flexibilisierung der beruflichen Bildung vorantreiben**

Aufgrund der demografischen Entwicklung zeichnet sich in den nächsten zehn Jahren ein Mangel an jungen Fachkräften ab. Ein wichtiger Schlüssel zur Bewältigung des Fachkräftemangels liegt in besserer Bildung für alle Bevölkerungsgruppen. Leitbild der Entwicklung des Berufsbildungssystems in Deutschland ist eine kompetenz-, werte- und zielorientierte Ausbildung, die eine umfassende und flexible berufliche Handlungsfähigkeit ermöglicht. Das duale System der beruflichen Bildung in Deutschland vermittelt in diesem Zusammenhang eine qualitativ hochwertige berufliche Qualifikation und bietet insgesamt eindeutige Vorzüge gegenüber anderen Berufsbildungssystemen. Es ist zu stärken, allerdings entsprechend den aktuellen Anforderungen anzupassen.

Über die Flexibilisierung von Ausbildungsinhalten können eine bessere Anbindung der Berufsvorbereitung an die Berufsbildung, die Anbindung der Ausbildung an die Weiterbildung, die Einbeziehung spezialisierter Betriebe in eine Verbundausbildung, die Aktualisierung und Verknüpfung von Berufsbildern, die Individualisierung der Ausbildung, sowie eine flexiblere Berücksichtigung der Betriebsinteressen erreicht werden.

Parallel dazu werden von den Landkreisen zur Vervollständigung des Angebots strukturierte, vertikale und horizontale Übergänge an den Schnittstellen des dualen Systems für erforderlich angesehen. Diese können z.B. darin bestehen, die Möglichkeiten der Anrechnung von Leistungen berufsbildender Schulen zu überdenken. Verbesserte Zugangsmöglichkeiten von Absolventen des dualen Systems zu Hochschulen sind zu prüfen. Ein anderes Beispiel stellt eine stärkere Umorientierung der Ausbildungsordnungen auf Kompetenzbeschreibungen dar, wodurch die Handlungsorientierung in der Berufsausbildung gestärkt werden könnte. Daher ist darüber nachzudenken, ob und wie die Zahl und Art der rund 350 Ausbildungsberufe modernisiert werden könnte. Durch eine Straffung könnte das Angebot berufliche Ausbildung transparenter, effizienter und flexibler ausgestaltet werden. Denkbar ist, dort, wo es sinnvoll ist, die Ausbildungsinhalte in Kompetenzabschnitte zu gliedern.

## **8. Ausbildungsbasis verbreitern – Ausbildungskapazitäten effektiv nutzen**

Erforderlich ist eine möglichst betriebsnahe Ausgestaltung der Ausbildung ist. Sinnvoll erscheint, vorhandene Ausbildungskapazitäten stärker als bisher zusammenzuführen. Insbesondere für den Bereich handwerklicher Berufe sollte über neue Option der Zusammenarbeit nachgedacht werden. Praxisanteile in Betrieben und in den Berufsschulen sollten erhöht werden. Wichtiges Ziel muss es auch und gerade

in der beruflichen Ausbildung sein, den technischen Fortschritt zu berücksichtigen und –soweit möglich– jeweils den aktuellen Stand der Entwicklung zu vermitteln.

Um eine Entlastung des Ausbildungsmarktes zu erreichen, müssen Praktika zur Einstiegsqualifizierung intensiver genutzt werden. Daneben sind Möglichkeiten zu eruieren, wie unter Beachtung der regionalen Anforderungen des Arbeitsmarktes auch außerhalb der dualen Ausbildung die Möglichkeit einer Berufsausbildung ermöglicht wird.

In Betracht kommen ggf. so genannte „Produktionsschulen“, aber auch die Einbeziehung der Kammern durch entsprechende Prüfungen, sowie als Signal einer Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner (Fach-/Hochschul-) Bildung eine die Einführung eines sog. „Bachelor of Profession/ Bachelor Professional“. Diesbezüglich wird eine intensive Diskussion mit den Organisationen der Wirtschaft angestrebt.

### **9. Durchlässigkeit verbessern – Anschlussfähigkeit beruflicher Abschlüsse sichern**

Ziel muss sein, adäquate und gleichwertige Bildungschancen zu schaffen, die Verzahnung von beruflicher Aus- und Weiterbildung zu verwirklichen und die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen zu erhöhen. Hierzu gehört es z.B., Zusatzqualifikationen an den Schnittstellen zwischen beruflicher Aus- und Weiterbildung weiter auszubauen, um begabten Auszubildenden den anrechnungsfähigen Teilerwerb von Fortbildungsinhalten und -abschlüssen schon während der Ausbildung zu ermöglichen. Zum anderen sind aber auch die Möglichkeiten zu stärken, parallel zur Berufsqualifizierung allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben (zweijährige Berufsfachschule zum Mittleren Bildungsabschluß, Fachschulen im Weiterbildungssektor, bzw. studienqualifizierende Bildungsgänge Fachoberschule und Berufliches Gymnasium).

Die intensive Entwicklung dualer Studiengänge, in denen berufliche Schulen ein Partner sein können, ist ein zukunftsweisender Weg zur Weiterentwicklung des dualen Systems. Die Möglichkeiten eines dualen Studiums, das heißt die Kombination eines Studiums an einer Berufsakademie oder Hochschule mit einer Berufsausbildung, bzw. Berufstätigkeit ist deshalb nicht zuletzt aus regional-, und arbeitsmarktpolitischen Gründen zu stärken.

### **10. Ausbildungsvorbereitung für Benachteiligte optimieren – Förderstrukturen neu ordnen**

Vorhandene Fördermaßnahmen sind noch besser als bisher aufeinander abzustimmen und praxisnah auszugestalten. Dabei erscheinen regionale Ansätze in Zusammenarbeit mit den Berufsschulen als besonders Erfolg versprechend. Öffentliche Unterstützungsangebote sollten passgenau eingesetzt und zielgruppenorientiert weiterentwickelt werden. Insbesondere bei der Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund könnte es sinnvoll sein, die wachsende Zahl von Unternehmern mit Migrationshintergrund gezielt in den Dialog einzubeziehen.

Der HLT unterstützt nachhaltig die mit der Initiative des Landes „Lernen und Arbeiten in Schule und Betrieb (SchuB-Klassen) begonnene verstärkte Verbindung von Schule und gleichzeitiger praxisorientierter Tätigkeit für Schülerinnen und Schüler, deren Stärken, Kompetenzen und Arbeitsverwaltung besonders gefördert werden müssen. Auch in diesem Zusammenhang ist nochmals auf das Landesprogramm OloV hinzuweisen. OloV, die landesweite Strategie zur "Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit bei der Schaffung und Besetzung von Ausbildungsplätzen in Hessen" sieht künftig insbesondere die intensiviertere Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen als Schwerpunkt vor.

### **11. Förderung besonders begabter Auszubildender/ Fachkräfte – „Leistungsträger**

Aus- und Weiterbildung muss auf allen Ebenen nachhaltig entwickelt werden. Dazu gehört auch, dass besonders begabte junge Fachkräfte durch entsprechende Angebote in ihrer Entwicklung unterstützt werden. Die Förderung besonders begabter junger Menschen bietet jedoch auch die Chance, dass diese in ihrer Heimatregion eine berufliche Zukunft finden können. Damit wird auch nicht zuletzt angesichts des Problems der negativen demografischen Entwicklung und der damit verbundenen wirtschaftlichen

Entwicklungsproblematik ein aktiver Beitrag zur Sicherung peripherer Wirtschaftsräume geleistet. Damit wird Investition in die berufliche Bildung zugleich zur Beitrag und zur Strategie zur Regionalentwicklung.

## 12. Europäische Öffnung

Deutschland als exportorientierte, rohstoffarme Nation mit einer exponierten Lage im Herzen Europas muss besonders an einer europäischen und internationalen Orientierung der beruflichen Bildung interessiert sein. Das berufliche Bildungssystem ist in diesem Sinne mit einem Augenmerk zu versehen. Ziel muss es auch aus europäischer Perspektive sein, durch eine Umstrukturierung zu einer besseren Durchlässigkeit zwischen den Teilbereichen des Bildungssystems im Sinne eines lebenslangen / lebensbegleitenden Lernens zu kommen.

(Wiesbaden, 15.04.2009)

Das Strategiepapier Teil II steht ( ebenso wie Teil I ) auf den Internetseiten des HLT unter [www.hlt.de](http://www.hlt.de) in der Rubrik „Presseinfo: Pressemitteilungen“ zum download bereit.